

## Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend und Familie

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 06.07.2017  
**Sitzungsbeginn:** 17:05 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:05 Uhr  
**Raum, Ort:** Kleiner Sitzungssaal des Rathauses, 46325 Borken

### Anwesend sind:

#### Vorsitzende/r:

Kindermann, Evegret

#### stimmberechtigtes Mitglied des AJF:

Bahouri, Richard

Becker, Hildegard sachk. Bürger/in

Becker, Maja

Beckmann, Diana sachk. Bürger/in

Biela, Claudia

Böhr, Benjamin

Kranenburg, Marius

Lansmann, Markus stv. Ausschussvorsitzender

Niehoff-Elsing, Birgitta

Nikolov, Nico

ab 17.20 Uhr

Winter, Matthias sachk. Bürger/in

Vertretung für Frau Daniela Schmidt-Grewing

Wrede, Georg sachk. Bürger/in

#### beratendes Mitglied des AJF:

Windhövel, Dominique

Vertretung für Frau Niku Amiri Sani

### Gäste:

Kutzner, Antje

#### Verwaltungsmitarbeiter/in:

Nießing, Norbert 1. Beigeordneter der Stadt Borken

Schlagheck, Wolfgang Fachbereichsleiter

Sauret, Sabine

Schoppen, Michael stv. Schriftführer

**Schriftführer/in:**

Kuhlmann, Doris

-

**Es fehlen entschuldigt:**

**beratendes Mitglied des AJF:**

Weßeling-Niehaves, Dagmar ber. Mitgl.

**Abgewickelte Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes  
Vorlage: V 2017/148
- 4 Neubau einer viergruppigen Kindertageseinrichtung für das Montessori-Kinderhaus  
Vorlage: V 2017/160
- 5 Formen der Partizipation auf dem Weg zur eigenständigen Jugendpolitik  
- mdl. Bericht -
- 6 Tendenzen zum Kinder- und Jugendförderplan - mdl. Bericht -
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Mehrgenerationenhaus/Dorfgemeinschaftshaus Weseke
- 7.2 Information zum Verlauf 1. Mai
- 8 Anfragen an die Verwaltung

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

---

Vor Beginn der Sitzung nehmen die Ausschussvorsitzende **Frau Kindermann** sowie einige Ausschussmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter die Gelegenheit wahr, die Räumlichkeiten der Kita Hula Dues und den künftigen Standort des Montessori-Kinderhauses zu besichtigen. **Kita-Leiterin Frau Andrea Strehlau** führte die

Anwesenden durch die neu gestalteten Räumlichkeiten der Großtagespflege sowie der derzeit zweigruppigen Kita Hula Dues.

Daran anschließend wurde der künftige Standort des Montessori-Kinderhauses im „Gewerbepark Hendrik-de-Wynen“ besichtigt. **Frau Kassner** vom Träger des Montessori-Kinderhauses stellte die Planungen der viergruppigen Kindertageseinrichtung angrenzend am Naherholungsgelände vor. Die Fertigstellung soll zu August 2018 erfolgen.

Die Ausschussvorsitzende **Frau Kindermann** begrüßt die Anwesenden und eröffnet nach Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit die Sitzung.

## **zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

---

Fragen werden nicht gestellt.

## **zu 3 Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes Vorlage: V 2017/148**

---

**Herr Schoppen** erläutert, dass ein Kind grundsätzlich Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) hat, wenn es nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt von dem Elternteil erhält, mit dem es nicht zusammenlebt. Die Bezugsdauer von 72 Monaten bzw. bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres des Kindes sei durch die Gesetzesänderung abgeschafft und maximal bis zur Volljährigkeit begrenzt worden.

Das Gesetz sei verabschiedet, aber noch nicht veröffentlicht.

Potenzielle Anspruchsberechtigte wurden durch das hiesige Jobcenter und von der Abteilung Beistandschaft des Fachbereichs Jugend, Familie und Sport über die Gesetzesänderung schriftlich informiert. Erste Anträge liegen der Unterhaltsvorschusskasse bereits vor. Grundsätzlich sei von einer erwarteten Fallsteigerung von 50 % auszugehen.

Personell wurde auf die prognostizierte Mehrbelastung bereits reagiert. Die weitere Entwicklung sei abzuwarten.

**Herr Schoppen** erläutert weiter, dass die Gesetzesänderung auch eine Neuregelung bezüglich der Kostenbeteiligung vorsehe. Statt der bisherigen Kostenübernahme des Bundes von 1/3 und 2/3 des Landes, übernehme der Bund zukünftig 40 % und die Länder 60 % der Kosten. Sollte an der bisherigen Regelung nach dem Gesetz zur Ausführung des UVG NRW festgehalten werden, verbliebe bei den Kommunen in NRW vom vorgenannten Landesanteil ein Kostenanteil von 80 %. Ob es bei der bisherigen NRW-Regelung bliebe, sei derzeit noch ungewiss.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Jugend und Familie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

#### zu 4 **Neubau einer viergruppigen Kindertageseinrichtung für das Montessori-Kinderhaus** Vorlage: V 2017/160

---

**Herr Nießing** erläutert, dass mit Vertragsunterzeichnung eine adäquate Situation für beide Parteien sichergestellt wurde.

Mit dem geplanten Neubau der viergruppigen Montessori-Kita werde eine nachhaltige Investition am Rand eines Gewerbegebietes geschaffen, die auch ihren Reiz habe. Zum einen biete der neue Standort die Option, Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf zu verbessern. Zum anderen sei die Lage des Grundstücks prädestiniert für die pädagogische Arbeit des Trägervereins Montessori Borken e.V., da die Fläche angrenzend am Naturschutzgebiet gelegen sei.

**Frau Kindermann** informiert die Anwesenden darüber, dass die vorangegangene Begehung des Grundstücks gezeigt habe, dass keine großartigen Veränderungen am Grundstück vorgenommen werden müssen.

Auch **Herr Kranenburg** stellte vor Ort fest, dass die Anfahrtssituation gut sei.

**Frau Biela** ist erfreut, dass der Träger nunmehr ein adäquates Gebäude bekommt, welches auf Dauer auch die Vielfalt des Angebotes der Stadt Borken sichere.

Auch **Frau Hildegard Becker** begrüßt die spezielle Pädagogik.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Jugend und Familie empfiehlt dem Rat,

- dem Neubau einer viergruppigen Kindertageseinrichtung am Standort im „Gewerbepark Hendrik de Wynen“ in Form eines Investorenmodells,
- dem Erbbaurechtsvertrag und Trägervertrag für den Betrieb der Kindertageseinrichtung
- und im Fall der Förderung von zusätzlich errichteten U3- und Ü3-Plätzen durch das Land der Übernahme des Trägeranteils des Montessori Kinderhaus e.V. in Höhe von 10 % der Fördersumme zu übernehmen

zuzustimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme.

#### zu 5 **Formen der Partizipation auf dem Weg zur eigenständigen Jugendpolitik - mdl. Bericht -**

---

**Frau Sauret** informiert die Ausschussmitglieder darüber, wie Kinder und Jugendliche sich in der Kommunalpolitik einbinden können.

*(Die vortragsbegleitende Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)*

Wichtig sei, dass Jugendliche zunächst über die bestehenden Angebote und Formen der Jugendbeteiligung informiert werden, um einen Zugang reflektieren zu können. Hilfe zur Selbsthilfe sollte stattfinden. Positive Engagementenerfahrungen im sozialen Nahraum sollen die Bereitschaft zur Mitwirkung erhöhen.

Auf Anfrage von **Frau Biela** erläutert **Frau Sauret**, dass eine Jugendbefragung in den Schulen (Berufskolleg Borken, Jodokus, Realschule Weseke, Remigius-Hauptschule, Borkener Gymnasium) ausgewählter Klassen (5.-11./12.Klasse) durchgeführt wurde.

Mit einem neuen Projekt „Digital Natives shape policy“ sollen Jugendliche eingeladen werden, sich über lokale Themen auszutauschen, diese zu bewerten, darüber abzustimmen und mit Politikern in Kontakt zu treten.

Voraussichtlich im September soll ein Facebook- und Instagramaccount für diese Zwecke angelegt werden.

Neben diesem Online-Projekt stellt **Frau Sauret** „analoge“ Modelle jugendlicher Mitwirkung der Stadt Stadtlohn (JuKo) und der Stadt Oberhausen (JuPa) vor.

**Frau Sauret** macht deutlich, dass entsprechende Beteiligungsformen wie das JuKo als ein kontinuierlicher, unumkehrbarer Prozess angelegt werden müssten und personell langjährig zu begleiten wären.

Inwieweit sich die politischen Parteien in diesen Prozessen einbinden können, blieb offen.

**Herr Kranenburg** befürwortete eine frühzeitige Beteiligung der Parteien, da diese für eine verbindliche Beschlussfassung nötig seien.

**Frau Hildegard Becker** widersprach dieser Auffassung. Eine spezielle politische Richtung in diesem Prozess vorzugeben sei ihrer Meinung nach nicht angebracht, man müsse neutral bleiben.

**Frau Biela** widersprach dieser Auffassung ebenfalls; sie vertrat die Meinung, dass eine Zurückhaltung der Parteien geboten sei um den Jugendlichen Freiräume zu ermöglichen und zu erhalten.

**Herr Nikolov** vertrat die Meinung, dass das eine das andere nicht ausschließen muss. In Bezug auf das Modell „JuPa Oberhausen“ sei die Stimmberechtigung der Jugendlichen in der Gremienarbeit nicht erforderlich.

**Frau Beckmann** und **Frau Hildegard Becker** meinten, dass das Interesse von den Kindern und Jugendlichen selbst kommen müsse; es solle nur eine Vermittlerrolle zum Tragen kommen.

Auch **Frau Maja Becker** schloss sich dieser Meinung an; die Jugendlichen sollen selbstbestimmend tätig werden.

**Herr Winter** befürwortete, dass durch die Partizipation eine Mitbestimmungsform bestehe und man dieses Recht den Jugendlichen auch zugestehen solle mit der Konsequenz auch Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Dies geschehe in den Angeboten der Jugendverbandsarbeit.

## zu 6      Tendenzen zum Kinder- und Jugendförderplan - mdl. Bericht -

**Frau Sauret** berichtet, dass eine Neuauflage des Kinder- und Jugendförderplans derzeit erarbeitet werde. Aktuell werden Kinder und Jugendliche, Eltern, Lehrer, die Vereine und die Mitarbeiter des Jugendwerks in dem Verfahren eingebunden.

Es zeigt sich, dass Kindern und Jugendlichen die Freizeit wichtig sei, Angebote aber eher spontan wahrgenommen werden.

Spätestens im Frühjahr 2018 soll dem Ausschuss eine Entwurfsfassung vorgelegt werden.

## **zu 7      Mitteilungen der Verwaltung**

---

s. Unterpunkte

### **zu 7.1    Mehrgenerationenhaus/Dorfgemeinschaftshaus Weseke**

---

**Frau Sauret** erläutert, dass das Mehrgenerationenhaus „Der Treff“ an der Breslauer Straße im April eingeweiht worden sei. Die Resonanz zu diesem Projekt sei sehr positiv.

Das MGH sei im aktuellen „Ferienkoffer“ integriert. Der dort angebotene 14-tägige „Bauspielplatz“ sei fast ausgebucht.

**Herr Nießing** informiert, dass für das geplante „Dorfgemeinschaftshaus“ in Weseke Fördergelder beantragt worden seien. Mit der nächsten Sitzung im Herbst hoffe er, über eine positive Entscheidung der Förderung berichten zu können.

### **zu 7.2    Information zum Verlauf 1. Mai**

---

**Frau Sauret** berichtet, dass Eltern schulpflichtiger Kinder präventiv zu Feierlichkeiten am 01. Mai mit einem gesonderten Anschreiben über die Gefahren des Alkoholmissbrauchs informiert wurden.

**Herr Nießing** erläutert, dass Vorüberlegungen stattgefunden haben, den Jugendlichen eine Fläche anzubieten, um sich zu treffen. Seitens der Polizei wurde jedoch von solchen Planungen abgeraten. In Zeiten digitaler Medien wären solche Veranstaltungen nicht kontrollierbar. Während des Feiertags sei es witterungsbedingt ruhig geblieben.

## **zu 8      Anfragen an die Verwaltung**

---

Anfragen an die Verwaltung liegen nicht vor.

gez.  
Evegret Kindermann  
Ausschussvorsitzende

gez.  
Doris Kuhlmann  
Schriftführerin